

Archiv

an Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

170 571

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/186

Bonn, den 29. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 1a

Chruschtschow-Besuch, ja oder nein?

79

Die Bundesregierung muß sich politisch entscheiden

Von G. Markscheffel

2 - 2a

Deutschland ist unteilbar.

69

In Offleben wurden die Probleme deutlich

Von Hubert Hupka

2a

Unverständlich

22

Der Bundeskanzler und die Abrüstung

3 - 5

Einen Monat vor der Präsidentswahl in den USA

156

Eindrücke von einer Informationsreise

Von Harry Edehr, NdB · Berlin.

+ + +

Chruschtschow-Besuch, ja oder nein?

Die Bundesregierung muß sich p o l i t i s c h entscheiden

Von G. Markscheffel

Die Bundesregierung hat eine neue Protestnote an die sowjetische Regierung wegen des Senigas-Attentates auf den 3. Sekretär an der westdeutschen Botschaft in Moskau, Horst Schwirkmann, angekündigt. Wie es heißt, wird jetzt in Bonner Regierungskreisen erwogen, ob man Herrn Chruschtschow ausladen soll, falls auch diese zweite Protestnote eine unbefriedigende Antwort zur Folge haben sollte.

Aktionen von Geheimdiensten sind fast immer in Zwielicht gehüllt. Geheimdienste kommunistischer Staaten spielen eine ganz besondere Rolle. Aber sogar die Regierungen von miteinander befreundeten Staaten haben gewisse Methoden entwickelt, mit deren Hilfe sie gelegentlich des Falles einer ihrer Agenten die offiziellen Beziehungen zueinander aufrechterhalten können. Nur selten wird die Tätigkeit von Agenten zum Anlaß genommen, um den diplomatischen Kontakt auf höherer Ebene abreißen zu lassen. Im Falle des vom französischen Geheimdienst in München gekidnappten und nach Frankreich illegal gebrachten OAS-Terroristen Argoud ist zwar viel Tinte zwischen Paris und Bonn vergossen worden, zu einer ernsthaften Gefährdung der deutsch-französischen Beziehungen kam es jedoch nicht.

Das Attentat auf Schwirkmann ist abscheulich. Eine Entschuldigung dafür gibt es nicht; es sei denn, Moskau wäre bereit, die Täter bloßzustellen und im eigenen Land zu verurteilen. In Bonn weiß man natürlich genau, daß ein solch selbstloser Akt von der sowjetischen Regierung nicht zu erwarten ist. Der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, Smirnow, ist sich gewiß klar darüber gewesen, was er der Bonner Regierung zumuten konnte, als er offiziell mitteilte, in Moskau nehme man die erste Protestnote der Bundesregierung nicht zur Kenntnis. Man darf ja nicht vergessen, daß es sich um denselben Herrn Smirnow handelt, der drei Tage nach der Errichtung der Mauer in Berlin ein längeres Gespräch mit dem damaligen Bundeskanzler Dr. Adenauer führte, von dem es nachher in einem offiziellen Komunique hieß, es habe in durchaus freundschaftlicher Atmosphäre stattgefunden.

Wir müssen also hier in der Bundesrepublik - ob es uns gefällt oder nicht - die ganze üble Affaire des Attentats auf den deutschen Botschaftssekretär in Moskau von der p o l i t i s c h e n Frage trennen, ob ein Besuch Chruschtschows in Bonn Sinn hat.

Da ist zunächst festzustellen, daß die Einladung an Chruschtschow nicht deswegen erfolgte, weil der Kremi-Chef und seine Politik gegenüber Deutschland uns sympathisch sind, sondern weil man sich entschlossen hat, mit ihm über das Deutschlandproblem zu reden; ja, weil man mit ihm darüber reden mußte.

Dieses Redemüßer ist eine p o l i t i s c h e Notwendigkeit, genauso wie damals, als Bundeskanzler Adenauer nach Moskau fuhr, um dort mit Chruschtschow über die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen und über die Normalisierung des Verhältnisses zwischen Bonn und Moskau zu sprechen.

Auch jetzt ist es eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik, mit allen jenen Staatsmännern über das Deutschland-Problem zu sprechen, von deren Haltung und Entscheidung für das ganze deutsche Volk sehr viel abhängt. Wenn die Bundesregierung diese Aufgabe nicht wahrnehmen will oder nach dem Attentat einen Weg sucht, um von einem direkten Gespräch mit Chruschtschow wegzukommen, dann muß sie das verantworten.

Wir wissen heute, daß über den Bonner Chruschtschow-Besuch schon vor Monaten beraten wurde. Wir wissen auch, daß man um Termine feilschte, und zwar in Moskau mit der Fragestellung, wann sich Chruschtschow einen Besuch ohne Rücksichtnahme auf Peking und Pankow leisten könne und in Bonn, ob der Besuch des Kreaml-Chefs ein Plus oder ein Minus für Erhard sein werde.

Alle diese Überlegungen und Gespräche innerhalb der Bundesregierung wurden isoliert von der Mitverantwortung der Parteien des Bundestages für das Schicksal Gesamtdeutschlands geführt.

Die Sozialdemokratie, die über einen großen Erfahrungsschatz in der Auseinandersetzung mit Kommunisten verfügt, ist weder zu vorbereitenden Gesprächen über den Chruschtschow-Besuch, noch über die bei dieser Gelegenheit zu erörternden Diskussionsthemen herangezogen worden, noch hat man sie überhaupt um einen Rat gefragt.

- * Natürlich muß die Bundesregierung nach dem Attentat auf
- * den deutschen Botschaftssekretär überlegen, welche Haltung sie
- * jetzt einzunehmen gedenkt. Man darf aber von diesen Überlegun-
- * gen ein Ergebnis erwarten, das der Lage des deutschen Volkes
- * gerecht wird. Die Bundesregierung muß überzeugend darlegen,
- * was sie will; sie muß öffentlich erklären, was sie von einem
- * Chruschtschow-Besuch erwartet hat, und was sie erwartet, wenn
- * sie den sowjetischen Ministerpräsidenten auslädt. Mit halb-
- * lauten Protesten, mit ausweichenden Bemerkungen ist der Sache
- * des deutschen Volkes, um die es bei einem möglichen Gespräch
- * mit Chruschtschow geht, keineswegs gedient.

Deutschland ist unteilbar

In Offleben wurden die Probleme deutlich

Von Hubert Hupka

"Wir suchen das Gespräch und die enge Zusammenarbeit mit den Parteien. Die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben wir vom ersten Tag an gepflegt. Die tragenden Kräfte in unserer Arbeit sind die politischen Parteien." Mit diesen Worten leitete der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Dr. W. W. S c h ü t z, sein Referat in Offleben ein. Die Sozialdemokratische Partei und das Unteilbare Deutschland hatten gemeinsam nach hier zu einer Arbeitstagung eingeladen. Herbert W e h n e r, der die Tagung leitete, konnte über 100 Gäste begrüßen, unter ihnen auch Bundesminister Ernst Lemmer.

Das Dorfgemeinschaftshaus "Niedersachsen", in dem man in Offleben zu Gast war, liegt nur wenige Schritte von der Zonengrenze entfernt. Vom Tagungsraum ging der Blick auf den kaum 500 Meter entfernten Wachturm der kommunistischen Machthaber.

In seinem Einleitungsreferat erhob Dr. Schütz die Forderung, die zwölf Bahn- und Straßenübergänge an der 380 km langen Zonengrenze zu vermerken. In diesen Wochen und Monaten, da wir den Besuch von vielen hunderttausend Rentnern erwarten, wäre es ein Gebot der Stunde, ihnen die langen Umwege und dadurch erhöhte Reisekosten zu ersparen. In freien Teil Deutschlands sollte sich jedermann zur Gastfreundschaft gegenüber den Mitbürgern aus der Zone aufgerufen fühlen.

Die aus dem Grundgesetz abgeleitete Pflicht, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden, sei, wie Herbert Wehner ausführte, die Antwort auf die kommunistische Herausforderung. Durch die Institutionalisierung des kommunistischen Machtanspruchs sollte in Deutschland eine Vorentscheidung gefällt werden. Man bediene sich hierbei der alten stalinistischen Sophistik, daß sich die nationale Frage der Klassenfrage unterzuordnen habe. Indem die Kommunisten im Freiheitskampf der Völker Asiens und Afrikas den umgekehrten Weg eingeschlagen hätten, bedienten sie sich gegenüber Deutschland der Methode der Diskriminierung. Deutschland werde zum Herd der Kriegsgefahr erklärt, von der nur die kommunistische Herrschaft befreien könne.

Zwischen der Wiedervereinigungspolitik und dem europäischen Zusammenschluß bestehe, wobei sich Wehner von der gegenteiligen Auffassung Thomas Dehlers distanzierte, kein Widerspruch. Die Teilung Deutschlands sei zugleich die Teilung Europas. Um die Einigung Europas zu verwirklichen und den durch die Teilung gefährdeten Frieden in der Welt zu sichern, strebten die Deutschen nach Einheit und Freiheit ganz Deutschlands.

Während sich zur Zeit eine Welle des Wohlwollens über das Zonenrandgebiet ergießt, wurde jedoch während der Arbeitstagung in Offleben erschreckend deutlich, wie schlecht es in Wirklichkeit um den Zonenrand bestellt ist. Die im Etat 1964 und 1965 vorgenommenen Kürzungen der Bundesmittel sprechen eine härtere Sprache als die jüngste noch nicht eingelöste Zusage, einen Betrag von 50 Millionen DM aus dem ERP-Fonds freizumachen. Bundesrat Edwin Zerbel und Oberkreisdirektor Dr. Conrady,

vom hessischen Landkreis Hersfeld und vom niedersächsischen Landkreis Helmstedt, befürworteten eine stärkere Förderung des Zonenrandes durch gezielte Maßnahmen. Nach dem Vorbild Berlin sollen nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch den Arbeitnehmern und nicht zuletzt den jugendlichen Anreize geboten werden, um der Gefahr der Abwanderung zu begegnen und die Neigung, im Zonenrand sesshaft zu werden, tatkräftig zu unterstützen.

Unser Verhalten zu den jetzt entlassenen politischen Häftlingen, Deutschlandkunde durch Rundfunk und Fernsehen, das "Gewirr der bürokratischen Zuständigkeiten", die Behauptung unseres Anspruches auf Ostdeutschland, die Jugend und das Deutschlandproblem, die Gewinnung von Sympathien im Ausland für Deutschland, waren Themen der Diskussion. Das Bündel der Vorschläge und Anregungen soll, wie vorgeschlagen wurde, in einen kleinen Kreis zusammengefaßt und in praktische Politik umgesetzt werden. Die Kunst der Stunde und die unmittelbare Begegnung mit der Zonengrenze mögen dazu beitragen haben, daß die Referate und die vielen Diskussionsbeiträge, nie das Thema, die Wiedervereinigung Deutschlands und unser aller Verantwortung hierfür, aus dem Auge verloren, daß drängende Gegenwart wurde, was die Inschrift auf dem großen Findling hundert Schritte vom Stacheldraht und Todesstreifen entfernt vor dem Dorfgemeinschaftshaus in Offleben bekannt: "Deutschland ist unteilbar".

+ + +
Unverständlich

Der Bundeskanzler und die Abrüstung

op - Dies ist auf der letzten Pressekonferenz des Bundeskanzlers geschehen: Auf die Frage eines Journalisten, ob er, der Bundeskanzler, die Errichtung einer eigenen Behörde, die sich mit Fragen der Abrüstung befaßt, für notwendig und wünschenswert hält, erfolgte ein NEIN. Ein sehr entschiedenes und bestimmtes NEIN. Offenbar ist Erhard von der Nutzlosigkeit eines solchen Amtes überzeugt, er hält es für überflüssig. Die Vereinigten Staaten sind da anderer Meinung. Schon unter der Ägide Eisenhower und Dulles wurde in Washington ein Amt für Abrüstung geschaffen, das von der Regierung ebenso wichtig genommen wird wie der Pentagon, Sitz des USA-Verteidigungsministeriums. Auch in London gibt es regierungsamtliche Institute ähnlicher Art. Britische und amerikanische Abrüstungsexperten kennen ihre Materie, ihnen kann man so leicht - das haben die Russen in Genf jetzt oft erfahren müssen - nichts vormachen. Sie nehmen ihre Arbeit und ihre Verpflichtungen ernst. Wie arm-selig dagegen sind wir Deutschen dran. Auf internationalen Tagungen, wo Fragen der Abrüstung mitbehandelt werden, haben Regierungsvertreter nichts zu sagen, müssen sich mit dem Zuhören begnügen. Sicherheit und Abrüstung sind zwei Seiten e i n e r Medaille. Das scheint Erhard nicht zu begreifen. Vielleicht fehlt ihm auch das Gespür dafür, wie für so manchen andere; denn anders ist sein NEIN nicht zu erklären.

+ + +

Einen Monat vor der Präsidentswahl in den USA

Eindrücke von einer Informationsreise

Von Harry Liehr, MdB - Berlin

30 Tage sind nicht genug, um auch nur ein annähernd schlüssiges Urteil über die Vereinigten Staaten von Amerika fällen zu können, selbst wenn sich die Informationsreise "nur" auf den Wahlkampf beschränkt. Dazu ist dieser "Schmelztiegel der Nationen" zu gewaltig und seine Probleme zu vielschichtig. Aber eine Reise wie die unsrige, die durch eine Einladung der amerikanischen Regierung an die Fraktionen des Deutschen Bundestages möglich wurde, vermittelt zahlreiche Eindrücke, die es wiederzugeben gilt.

Der 3. November 1964 - der Tag der Präsidentswahl - wird zu einem herausragenden Ereignis, vor allem für die USA. Zugleich aber werden das Repräsentantenhaus, ein Drittel der Mitglieder des Senats und in den Bundesstaaten die Abgeordneten, Senatoren, Gouverneure neu zu wählen sein. Die Bundesversammlungen der Republikaner und der Demokraten haben stattgefunden, die Programme der Parteien wurden verabschiedet.

Persönlichkeiten wichtiger als Programme

Wichtiger aber als diese sind die Persönlichkeiten, die die Programme ihrer Partei verkörpern. Da ist der Republikanische Präsidentschaftskandidat Barry G o l d w a t e r, den man zu Unrecht einen Faschisten und Erzreaktionär genannt hat. Er ist wegen seiner politischen Thesen und ihrer Widersprüche heftig umstritten, aber niemand zweifelt an seiner persönlichen Integrität; er gilt als eine ehrenhafte Persönlichkeit, was nicht in jedem Fall von seinem "Anhang" zu sagen ist. Aufsehen hatte auf der Republikanischen Bundesversammlung neben Goldwater auch W.E. M i l l e r erregt, der als Kandidat für den Vizepräsidenten nominiert wurde. Weniger bekannt ist, daß Miller 1945 als juristischer Assistent beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß keine geringe Rolle spielte. Seit 1950 gehört er als Abgeordneter dem Kongreß an und ist seit 1960 Vorsitzender des Kongreßausschusses der Republikaner. Schließlich wurde er 1961 einstimmig zum Vorsitzenden des Nationalkomitees seiner Partei gewählt. Er gilt als ein guter Organisator. Bemerkenswert ist, daß er in der Geschichte der Republikanischen Partei, die vor ihm 42 Vorsitzende hatte, der zweite katholische Glaubens ist. Beide, Goldwater und Miller, seit Jahren freundschaftlich verbunden, bilden ein beachtliches Team.

Johnson und sein "Vize"

Weniger aufregend - was die Nominierung der Präsidentschaftskandidaten anbelangt - ging es bei der Bundesversammlung der Demokraten zu. Es gab schon lange vorher keinen Zweifel daran, daß Präsident L. B. J o h n s o n erneut für dieses Amt in Vorschlag gebracht werden würde. Johnson genießt sehr hohes Ansehen. Die Bevölkerung ist offensichtlich beeindruckt von der pragmatischen Art seiner Regierungsgeschäfte, deren positive Wirkung niemand zu leugnen vermag. Einige Zweifel gab es lediglich darüber, wen er zu seinem "running-mate" küren würde. Nachdem Goldwater einen Katholiken als Vizepräsidenten-Kandidaten durchsetzte,

herrschte eine Weile die Meinung vor, auch Johnson müsse den Rechnung tragen. Häufig genannter Kandidat war deshalb Senator McCarthy aus Minnesota, zumal Senator Humphrey (Senior aus dem gleichen Bundesstaat) durch sein entschiedenes Eintreten für die Bürgerrechte als eine größere Belastung für die Südstaater empfunden wurde. Johnson hat sich von all dem wenig beeindruckt lassen, und schließlich ist auf Vorschlag von McCarthy Senator Humphrey als Vizepräsident nominiert worden. Auch Senator Humphrey ist in Deutschland schon lange kein Unbekannter mehr. Er gilt als ein energischer und zielstrebiges Politiker, der mit Johnson zusammen für die Republikaner im Wahlkampf eine "harte Kuß" sein wird.

Die Amerikaner und "ihre" Partei

So wie an der Spitze, ist auch in den Bundesstaaten die Wahl völlig auf Persönlichkeiten abgestimmt. Ideologien und Programme haben bis jetzt eine untergeordnete Rolle gespielt. Die Bindung der Kandidaten an ihre jeweilige Partei und ihr Programm ist weitaus geringer als in unserem Lande. Der Begriff "Partei" hat überhaupt eine andere Sinngabe als bei uns. Es gibt keine Parteimitgliedschaft, wie wir sie kennen. Dafür spielen Komitees auf allen Ebenen, von den Conventions abgesehen, die entscheidende Rolle. Partei-Headquarters werden in der Regel nur zum Wahlkampf unterhalten. Der Wahlkampf wird fast ausschließlich von Spenden finanziert. All das fördert eine gewisse Unabhängigkeit der Kandidaten von ihrer Partei. Weil es auch in den Parlamenten keine Fraktionsdisziplin gibt, verhalten sich einige Republikanische Abgeordnete und Senatoren so, wie man es von den Demokraten erwarten würde und umgekehrt. Im Bundesstaat Arizona z. B. - in dem Goldwater seinen Wohnsitz hat - gehören dem Senat 24 Demokraten und 4 Republikaner an. Im Abgeordnetenhaus jedoch haben sich 32 Republikaner mit 16 Konservativen-Demokraten zu einer Koalition zusammengeschlossen, der 32 Demokraten in Opposition gegenüberstehen. Im Bundesstaat Texas dagegen - den Wohnsitz Johnsons - gibt es im Senat keinen einzigen Republikaner und in Abgeordnetenhaus nur sieben. Dafür existiert eine stärkere Fraktionsbildung unter den Demokraten, die gewissermaßen die Oppositionsrolle übernehmen und sich gelegentlich mit den Republikanern verbünden. Das alles ergibt sich daraus, daß sich der Wähler stärker an der Persönlichkeit des Kandidaten orientiert und weniger an Parteiprogramm.

"Registrieren" der Wähler ist wichtig

Das Schwergewicht des Wahlkampfes liegt neben der persönlich gehaltenen Kampagne der Kandidaten in dem Bemühen, die Wahlberechtigten zur Registrierung zu bewegen. Jede Partei wendet sich dabei an die Wähler, von denen sie erhofft, daß sie ihre Kandidaten wählen werden. Hierbei werden alle denkbaren Möglichkeiten der persönlichen Fühlungnahme benutzt. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind dabei die AFL-CIO-Gewerkschaften, die mit eigenen Zeitungen, Werteschriften, Telefonbrigaden etc. massiv in den Wahlkampf eingreifen. Besondere Erwähnung verdient aber auch die National-Urban-League, eine Vereinigung, die über den ganzen Bundesstaat hinweg über Filialen verfügt, sich der farbigen Bevölkerung widmet und sie zur aktiven Wahlbeteiligung anhält.

Diese Art der Registrierungskampagne hat ihre Ursache in der völligen Freizügigkeit der Bürger, die keiner polizeilichen Meldepflicht unterliegen. Eine der daraus resultierenden Konsequenzen ist eine geringere Wahlbeteiligung, als wir sie in der Bundesrepublik kennen. An den Primaries (Vorwahlen) ebenso wie an den Hauptwahlen kann jedenfalls nur teilnehmen, wer sich öffentlich hat registrieren lassen. Der Wahlberechtigte muß allerdings schon bei der Registrierung angeben, welche Partei

er wählen wird; denn die Primaries geben ihm das Recht, zwischen den Kandidaten der Partei, für die er sich entschieden hat, in geheimer Wahl eine Auslese, eine Vorentscheidung zu treffen. So hat er anstelle der Parteimitgliedschaft und der damit bei uns verbundenen Kandidatenaufstellung die Möglichkeit, sich zu einer Partei zugehörig zu fühlen und an der Kandidatenauswahl unmittelbar mitwirken zu können. Bei der Hauptwahl ist es dann oft die Regel, daß der Wähler, der sich bei der Registrierung z. B. für die Demokraten entschieden und an den Vorwahlen entsprechend mitgewirkt hat, zwar die Spitzenkandidaten der Demokraten wählt, jedoch auch Persönlichkeiten der anderen Partei. Deshalb sind Primaries zwar sehr aufschlußreich für die Parteien, aber sie nehmen das Endergebnis nicht vorweg.

Schwierige Voraussagen zum Wahlausgang

Welche Konsequenzen können aus all dem für den Ausgang der diesjährigen Präsidentschaftswahlen gezogen werden? Den Eindruck, den Barry Goldwaters bisherige Verlautbarungen im Wahlkampf auf einen deutschen Sozialdemokraten hinterlassen hat, könnte man auf die Kurzfassung bringen: Innenpolitisch großspurig, außenpolitisch lebensgefährlich! Auch viele Republikaner sind nicht von Goldwater beglückt. Die Buchstaben G.P. (Grand Old Party), die die Republikanische Partei kennzeichnen, sind variiert worden und stehen nun für den Slogan: Goldwater nur Erötien. Bemerkenswert ist auch die Gründung einer Organisation "Republikaner für Johnson", ihr gehören vor allem Geschäftsleute an, die die Fortsetzung der bisherigen Politik wünschen. Nicht selten hörten wir auch von Republikanern, daß sie deshalb für Johnson stimmen würden, um Goldwater und seine Hintermänner so empfindlich zu treffen, daß die liberalen Kräfte in der Republikanischen Partei wieder neuen Auftrieb erhalten. Andererseits gibt es im Rahmen des "White Backlash" nicht wenige Demokraten - vor allem im Süden, die für Goldwater stimmen werden. - Wie bedeutsam diese mehr gefühls- als verstandesmäßig orientierte Bewegung ist und sein wird, läßt sich weder messen noch schätzen. Trotz alledem glauben selbst führende Republikaner an den Sieg L.B. Johnsons. Wenn die Wahl heute sein würde, könnte man die Prognose wagen, daß höchstens 35% für Goldwater stimmen würden. Bis zum 3.11.1964 dürfte das Wahlergebnis für Goldwater günstiger sein. Ein Stimmenanteil von 40 bis 45% wird für nicht ausgeschlossen gehalten. Selbst ein Kopf-an-Kopf-Rennen - mit einem knappen Sieg Johnsons - ist wegen der vielschichtigen amerikanischen Innen- und Außenpolitik nicht von der Hand zu weisen.

Goldwater bleibt ein Problem

"Es ist heutzutage sehr unpopulär, sich als ein Konservativer zu bezeichnen", wurde uns häufig gesagt. Deshalb kann das Wahlergebnis für Goldwater günstiger sein, als es durch Meinungsbefragungen zu ermitteln ist. Hinzu kommt, daß trotz offensichtlich größerer Sympathien für Johnson, die Bevölkerung keine Partei zu stark in den Vordergrund gerückt sehen möchte. - Eines aber spürt man in Amerika bereits heute: Ein Wahlsieg Johnsons wird zwar in großen und ganzen die Fortführung der von Kennedy geprägten Politik gewährleisten, aber einige Akzente werden sicher anders gesetzt werden. Daran wird Goldwater - ob es uns gefällt oder nicht - allein schon durch die Art seiner Wahlkampfführung, durch seine heftige Opposition, durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung seinen Anteil haben. - Was bei diesem Wahlkampf besonders besticht, ist die ausgeprägte, uneigennützig und selbstverständliche Art der ehrenamtlichen Mitarbeit. Es ist der große Erklärasmus aller unmittelbar Beteiligten, die starke Anteilnahme der Bevölkerung, insbesondere das Engagement der Frau und nicht zuletzt das persönliche Bekenntnis der eigenen politischen Überzeugung.